



Gewerkschaft der Polizei

Mitglied der European
Confederation of Police (EUROCOP)
Landesbezirk Schleswig-Holstein e.V.

Gewerkschaft der Polizei – Max-Giese-Straße 22 - 24116 Kiel

Vorsitzenden der CDU-Fraktion im
Schleswig-Holsteinischen Landtag
Herrn Dr. Johann Wadephul, MdL
Düsternbrooker Weg 70

24105 Kiel

Telefon: 0431/17091
Telefax: 0431/17092
Internet: www.gdp-schleswig-holstein.de
eMail: gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de

Bürozeiten:
Mo / Di / Do 07.30 bis 16.30 Uhr
Mi 07.30 bis 15.30 Uhr
Fr 07.30 bis 13.00 Uhr

Bankverbindung:
SEB AG Kiel,
BLZ 210 101 11 Kto.Nr. 1 050 030 600

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben

Unser Zeichen

Datum

75.00/09 NHH
rr/Stu

17. Juni 2009

Aktuelle Haushaltsituation; hier: Ihre Äußerungen zum Polizeibereich

Sehr geehrter Herr Wadephul,

der Presse haben wir entnommen, dass hinsichtlich der aktuellen Finanzsituation des Landes nach Ansicht der CDU auch Kernbereiche von Stellenstreichungen – wie zum Beispiel der Polizei - nicht ausgenommen werden sollen. Bei den Lehrern sind Kürzungen hingegen innerhalb dieser Legislaturperiode ausgeschlossen. Sie werden dazu mit den Worten " Das sei ausdiskutiert" zitiert.

Uns ist es trotz vieler Gespräche, die wir zur Belastung der Polizei geführt haben, unerklärlich, an welcher Stelle in der Polizei zusätzliche Stellenstreichungen vorgenommen werden sollen. Die Landespolizei hat innerhalb der letzten neun Jahre drei Organisationsüberprüfungen und Reformen mit erheblichen Personalverschiebungen durchgeführt, weil es trotz der Aufgabensituation kein zusätzliches Personal geben konnte und auf diese Weise mögliche Personalressourcen im eigenen Bereich ausgenutzt werden könnten.

Dies hat nicht nur viel Ärger dem Innenministerium, sondern auch Personalräten und der GdP eingetragen.

Die Aufgabenlast im Bereich der Inneren Sicherheit hat sich in den letzten zehn Jahre nicht minimiert, sondern das Gegenteil ist der Fall: Zunehmende Belastungen durch geschlossene Einsätze, defizile Strafverfahren aus dem Bereich der Internetkriminalität, die beängstigende Entwicklung bei Jugendstraf- und -gewalttaten und vieles mehr.

Während andere Länder zusätzliches Personal einstellen, werden nun von Ihrer Seite Stellenstreichungen vorgeschlagen. Wir waren der Meinung, dass die Irritationen, die insbesondere nach der Debatte um die Streichung bzw. Kürzung des Weihnachtsgeldes zwischen der CDU und der GdP aufgetreten sind, langsam in ein konstruktives Miteinander zurückkehren. Wir glaubten, dass wir in den vielen - zum Teil sehr vertraulichen - Gesprächen, die wir auch mit Ihnen persönlich geführt haben, ein realistisches Bild zum Arbeitsalltag der Polizei nachzeichnen und darstellen konnten. Wir haben Umorganisationen mitgetragen, weil eigentlich, über das Umsteuerungspotential hinaus, zusätzliches Personal benötigt wird (sh. auch BMI Schäuble, 15.6.2009, bei der Vorstellung der Kriminalstatistik 2008 mit Hinweis auf Schleswig-Holstein sowie Polizeiarbeitsgruppe „Aufgabenentwicklung“).

Als einer der Inneren Sicherheit und ihren Beschäftigten verpflichtet fühlende Partei hätten wir eigentlich erwartet, dass Sie mit der CDU der Polizei und ihren Mitarbeitern den Rücken stärken und ebenso wie im Bildungsbereich die Polizei mit ihren Organisationseinheiten als „Tabubereich“ ansehen.

Beim Besuch des Ministerpräsidenten in der letzten Woche bei der PD AFB in Eutin haben die Mitarbeiter mehrfach auf die Belastungen (korrespondierend mit einer schlechten Bezahlung) hingewiesen. Mit keinem Wort hat der Ministerpräsident allerdings in diesem Kreis, bei dem auch hochrangige Polizeiführer anwesend waren, auf die von Ihnen vorgeschlagenen Einsparungen hingewiesen, obwohl Ihre Überlegungen sicher nicht spontan gewachsen sind. Das hätte ein vertrauensvoller Umgang miteinander allerdings gefordert. Stattdessen hat der Ministerpräsident der Polizei Rückendeckung versprochen. Zitat aus den Lübecker Nachrichten vom 11. Juni 2009: Mit vielen neuen Eindrücken und Aufträgen reise er zurück nach Kiel, sagte der Ministerpräsident: „Wir stellen riesige Ansprüche an die Polizei. Deshalb sollten sich die Bürger und auch die Politik hinter sie stellen. Die Polizei verdient viel mehr Respekt.“

Gern sind wir bereit, über diesen Schriftwechsel hinaus in den Dialog zu treten.

Mit freundlichen Grüßen
Der Vorstand
i.A.



Oliver Malchow
Landesvorsitzender